

Hamburg, den 23.11.2015

## **Protokoll der Sitzung des Ältestenrates/Geschäftsordnungsausschusses**

**am Montag, den 23.11.2015**

Vorsitzender Herr F.Toussaint (SPD) Bezirksamt vertreten durch Frau Dr.L. Melzer (Bezirksamtsleitung).

### **TO 1 Vorbereitung der Sitzung der Bezirksversammlung am 26.11.2015**

Von der SPD wurde u.a. folgende Debatte angemeldet:

#### **7.4 Integration und Miteinander ermöglichen: Ein internationales Quartier in Rissen schaffen, Antrag von SPD und GRÜNEN. Anlage: Drucksache: 20-1789**

In der Anlage bitten die SPD und die GRÜNEN die Bezirksversammlung u.a. darum, Folgendes zu beschließen.

- Das Bezirksamt Altona wird gem. § 19 BezVG gebeten, ein Bebauungskonzept zu entwickeln, welches lediglich Befreiungen vom jetzigen Maß der Nutzung erfordert bzw. allenfalls geringfügige Änderungen am heutigen Plan. Ziel ist die Genehmigung der neuen Wohnungen binnen sechs Monaten.
- Das Konzept für das neue internationale Quartier soll folgende Eckpunkte beinhalten:
  1. (Max.) 600 Wohneinheiten. 400 Wohneinheiten sind für Flüchtlinge, 200 Wohneinheiten sind für Mieter im frei finanzierten Wohnungsbau – gegebenenfalls geförderte Eigentumswohnungen nach dem Programm für junge Familien – vorzusehen.
  2. Die städtebauliche Struktur des Areals ist – bei grundsätzlicher Erhaltung des dem Bebauungsplan unterlegten Entwurfs – den örtlichen Rahmenbedingungen anzupassen.
  3. Die langfristige verkehrliche Erschließung nach Auslauf der Bindungen über eine Brücke gem. Bebauungsplan Rissen 45/Sülldorf 22 ist anzustreben.
  4. Im Gebiet sind Flächen für kleinteiligen Einzelhandel (Kiosk, kleiner Nahversorger, Bäcker), Kinderbetreuung sowie ein soziokulturelles Stadtteilzentrum (mit Hilfs- und Betreuungsangeboten sowie Versammlungsstätte) und Gastronomie mit einem Quartiersplatz vorzusehen.

Der komplette Antrag ist unter veröffentlicht:

<https://sitzungsdienst-altona.hamburg.de/bi/vo020.asp?VOLFDNR=1003879>

**Anschließende Diskussion über diesen Antrag:**

**U. Szczesny (CDU):**

- In der öffentlichen Sitzung des Planungsausschusses am 18.11. waren den Rissener Bürgern mehrfach weitere Gespräche über die Bebauung von Rissen 45 vor einer Entscheidung versprochen worden.

**- Die SPD und die GRÜNEN wollen mit ihrer Mehrheit jetzt ohne weitere Einbeziehung der Rissener Bürger in der Bezirksversammlung am Do, den 26.11. Tatsachen schaffen.**

- Eine Diskussion über die grundlegenden Dinge der Bebauung wie z.B. die Anzahl der Wohneinheiten sei nach einer Entscheidung am 26.11.2015 nicht mehr möglich.
- In Rissen müsse der Eindruck entstehen, dass man die Bürger nicht in die Planung mit einbeziehen wolle.
- Eile sei aus seiner Sicht nicht geboten, da der Bezug ohnehin erst 2017 geplant sei. Man könne sich durchaus 3-4 Wochen vor einer Entscheidung Zeit lassen, um erneut ins Gespräch mit den Rissener Bürgern zu kommen.
- Die CDU trage diesen Antrag nicht mit.
- Frage an Frau Melzer, mit welchen Rissener Bürgern wird vor der Entscheidung am 26.11. noch gesprochen?

**Dr.L.Melzer (Bezirksamt):**

- Antwort: Die Zeitspanne von 2 Tagen sei zu kurz, um erneut mit Rissenern zu sprechen.
- Das **Konzept (600 Wohneinheiten, davon 400 für Flüchtlinge) soll nicht mehr diskutiert** werden.
- Es gäbe keinen Verhandlungsspielraum! Die Prozesse könnten nur noch begleitet werden.
- Es seien **nach dem 26.11. Gespräche mit Institutionen wie Kirchen und Trägern** geplant.
- **Frau Dr. Melzer hatte nach der Veranstaltung am 18.11.2015 nicht den Eindruck, dass in Rissen weiterer Gesprächsbedarf bestehe**, weil nur 6 Leute hätten ihre e-mail-Adresse bei ihr hinterlegt hätten.
- **Auf dem heutigen Treffen mit Bezirksamtsleitern und Staatsräten wurde deutlich, dass sowohl die Bergedorfer als auch die Harburger Bezirksamtsleitung große Sorgen hätten, dass auch in ihren Bezirken eine Bürgerbeteiligung und Verringerung der Anzahl der Wohneinheiten an einem Standort von den Bürgern eingefordert werden könnte.**
- **Alle Bezirksamtsleiter würden die Schaffung der 800 Wohneinheiten in den anderen Bezirken engmaschig beobachten. Der Druck sei groß.**
- **Es gibt bisher nur eine weitere Fläche in der Baurstraße für den Bau von den vom Senat geforderten Flüchtlingswohnungen im Bezirk Altona.**

**G.Boehling (GRÜNE):**

- Die **Standpunkte seien ausgetauscht**. Es sei alles gesagt und die **Gespräche damit abgeschlossen**.
- Die Bürgerbeteiligung stehe unter Punkt 10 des Antrages. Es würde unter diesem Punkt das Bezirksamt aufgefordert, mit der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnungsbau ein **Workshop-orientiertes Beteiligungsverfahren** zu entwickeln und die dafür in Aussicht gestellten Mittel zu beantragen. Das Workshop-Verfahren ist für den Januar 2016 zu terminieren.